

Hildebrandt, Eckart

Book Part — Digitized Version

Rüstungskonversion, alternative Produktion und Gewerkschaften in der Bundesrepublik

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Hildebrandt, Eckart (1987) : Rüstungskonversion, alternative Produktion und Gewerkschaften in der Bundesrepublik, In: György Széll. Rüstungskonversion und Alternativproduktion, ISBN 3-88619-118-4, Argument-Verlag, Hamburg ; Berlin, pp. 29-60

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/111996>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Eckart Hildebrandt

Rüstungskonversion, alternative Produktion und Gewerkschaften in der Bundesrepublik

1. *Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland*

Rüstungsproduktion in Deutschland hat eine lange und leidvolle Tradition. Schon zweimal in diesem Jahrhundert wurde mit dem Argument der »Anhebung der Risikoschwelle« (Tirpitz) und der »Abrüstung durch Aufrüstung« (Hitler) aufgerüstet (Müller 1982). Zwei Weltkriege waren die Folge, bei denen Deutschland als Hauptakteur im Mittelpunkt stand und die deutsche Bevölkerung eine der Hauptleidtragenden war. Trotz des Bekenntnisses bei den Verhandlungen des Parlamentarischen Rates 1948/49, »daß in Deutschland keine Kanonen mehr gebaut werden sollen, nicht nur für uns, sondern auch für andere nicht« (Carlo Schmid), hat sich die BRD, verstärkt seit 1973, wieder zum fünftgrößten Rüstungshersteller und Rüstungsexporteur entwickelt (Entwicklung und Rüstung 1982).

Die Bundesrepublik wies von allen großen Waffenexportländern für den Zeitraum 1972-1980 die höchsten Zuwachsraten auf. Trotz einer im internationalen Vergleich restriktiven Rüstungsexportpolitik (Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG), Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und die politischen Grundsätze der Bundesregierung von 1971/1982) haben eine großzügige Genehmigungspraxis, Nichtbeachtung (Beispiel Rheinmetall) und Umgehung (Auslandszweigstellen, Koop-Verträge, Scheinkäufer) der gesetzlichen Regelungen diesen Aufschwung ermöglicht. Seit 1982 stagniert der Rüstungsexport auf diesem Niveau. Es gibt zwar seit dem Regierungswechsel zur CDU/FDP-Koalition eine höhere Bereitschaft seitens der Bundesregierung, die Exportbeschränkungen zu lockern. Dem entspricht aber keine größere zahlungsfähige Nachfrage, da viele der potentiellen Kundenländer eklatante Finanzierungsprobleme haben. In dieser Bilanz sind noch nicht die Lieferungen aus Gemeinschaftsproduktionen wie dem deutsch-französischen Flugzeug »Alpha-Jet« oder die Raketen »Hot« und »Milan« enthalten. Gemeinschaftsprojekte werden in Zukunft immer mehr an Bedeutung gewinnen, da wegen der steigenden Kosten und der sinkenden Stückzahlen bei Flugzeugen und bald auch bei Panzern faktisch keine rein nationalen Projekte mehr möglich sind. Ein weiterer wichtiger Grund für die Internationalisierung ist die Umgehung von Exportbeschränkungen und die Öffnung nicht direkt zugänglicher Märkte (FR, 11.02.1985). Mehr als zwei Drittel

der westdeutschen Rüstungslieferungen gingen in Länder außerhalb der NATO. Bei keinem der bedeutenden Rüstungsexportländer liegt der Anteil von Lizenzen und know how am Export so hoch wie bei der Bundesrepublik; im Bereich der Kleinwaffen- und Sprengstoffherstellung sind bundesdeutsche Anlagenhersteller weltweit führend. Exportiert werden vor allem U-Boote, Schnellboote, gepanzerte Fahrzeuge, Leicht- und Kampfflugzeuge, Hubschrauber, Kleinwaffen, Lenkwaffen und Bauteile. Die Abnehmerländer sind zu 70 % Drittweltländer wie Argentinien, Iran, Algerien und Lybien (Brzoska 1984).

Die bundesdeutsche Rüstungsproduktion dient allerdings vorrangig der konventionellen Ausrüstung der Bundeswehr. Ihre wirtschaftliche Bedeutung ist nach wie vor relativ gering: der Anteil der Rüstungsnachfrage am Umsatz des produzierenden Gewerbes beträgt ca. 2,2 % (1981 = 2,17 %). Der Anteil der Rüstungsexporte an der Rüstungsproduktion beträgt unter 20 %, der Anteil des Rüstungsexports beträgt weniger als 1 % aller bundesdeutschen Exporte.

2. *Die Krise des sicherheitspolitischen Konzepts und Friedensbewegung*

Aufrüstung und Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik rufen international vor dem Hintergrund zweier Weltkriege starke Ängste hervor. Die weltpolitische Lage hat sich allerdings im Unterschied zu den Zeiten vor den zwei Weltkriegen entscheidend verändert.

Erstens ist die Bundesrepublik nicht mehr eine richtungsbestimmende »Weltmacht« innerhalb der internationalen Politik, sondern von der Konstellation zwischen den zwei Militärblöcken NATO und Warschauer Pakt abhängig und in den einen Block, die NATO, eingebunden. Insofern wird die Bundesrepublik auf absehbare Zeit nicht in der Lage sein, internationale militärische Kräfteverhältnisse und Konfliktsituationen maßgeblich zu beeinflussen.

Zweitens verfügt die BRD zwar über die stärkste konventionelle Streitmacht Westeuropas, aber sie ist in der Entwicklung, Stationierung und im Einsatz von Atomwaffen, diesen entscheidenden strategischen Waffen, von den Entscheidungen der USA abhängig (nicht jedoch in Entwicklung und Nutzung ziviler Anwendung der Atomenergie). Daher hat die BRD in militärischen Fragen nur einen begrenzten Handlungsspielraum; sie hat ihre Souveränität in diesem Bereich — wie die Stationierung von Pershing II und Cruise Missile sowie die geheime Lagerung tragbarer Atomminen ADM seit 1964 zeigen — durch eine

Reihe teilweise geheimer Verträge an die USA abgetreten (vgl. Brzoska 1984, 277ff.).

Aufgrund dieser Weichenstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg muß der Bundesrepublik international eine militärstrategisch und rüstungstechnisch nachgeordnete Position zugemessen werden. Dadurch stellt sich auch die Situation in der Bundesrepublik anders als in den beiden Vorkriegsphasen dar: die Hauptgefährdung geht vom Aufschaukelungsprozeß der Rüstung (sog. Nachrüstung) zwischen den USA und der UdSSR aus, das sicherheitspolitische Konzept der Bundeswehr ist von nachgeordneter Bedeutung.

Die gesellschaftliche Akzeptanz von Rüstungsproduktion und Waffenstationierung beruht auf der Behauptung, daß diese die Sicherheit von Land und Bevölkerung garantieren. Diese lange unbefragt angenommene Sicherheitsgarantie ist in den letzten Jahren wesentlich durch vier Faktoren massiv in Frage gestellt worden und hat zu einer einzigartigen Verbreiterung der Friedensbewegung in der Bundesrepublik geführt:

Erstens bewirkt die sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA und vom Verhältnis zwischen den zwei Blöcken, daß die BRD in Handlungen und Konflikte hineingezogen werden kann, die nicht auf eigenen Interessen beruhen und die auch nicht national beeinflußt werden können. Eine eigenständige demokratische Entscheidungsfindung in Friedensfragen ist derzeit in der Bundesrepublik nicht möglich.

Die Entwicklung der militärischen Doktrinen der Großmächte hat es zweitens immer wahrscheinlicher werden lassen, daß Europa zum Ort eines dritten Weltkrieges werden kann, in dem die Großmächte ihren Konflikt auf fremdem Terrain austragen. Die Schutzwirkung der Unterordnung unter die Großmacht USA wird damit negativ aufgehoben, die Sicherheitspolitik führt zu akuter Kriegsgefahr auf dem Gebiet der BRD.

Drittens ist das Sicherheitsrisiko der in der BRD stationierten Waffensysteme in verschiedener Hinsicht gestiegen. Dazu zählen nicht nur die Gefahren von Unfällen (z.B. bei den wöchentlichen Ausfahrten von Pershing II-Lafetten), Fehlschaltungen und Fehleinschätzungen, sondern auch ökologische und soziale Gefährdungen. Beispiele dafür sind die Lagerung und der Transport von giftigen Kampfstoffen und der zunehmende Aufbau von betrieblichen und regionalen Sicherheitszonen, in denen wichtige demokratische Rechte aufgehoben sind.

Viertens sind für die Regierung zunehmende Probleme entstanden, die großen konventionellen Rüstungsprogramme zu finanzieren bzw. die im Rahmen der NATO zugesagte kontinuierliche Steigerung der

Rüstungsausgaben einzuhalten und — angesichts des gleichzeitig breiten Sozialabbaus — zu legitimieren.

Diese genannten Faktoren dürften dafür ausschlaggebend gewesen sein, daß auch in breiten Teilen der ansonsten in diesen Fragen wenig engagierten und informierten Bevölkerung Verunsicherung und Angst eingetreten sind. Die alte Formel, nach der Rüstung zu Wirtschaftskraft, politischem Einfluß und persönlicher Sicherheit führt, wurde unglaubwürdig, wirkte nicht mehr als beruhigender Hintergrund für das Alltagsleben. Die Folge waren u.a. breite Kampagnen gegen die Spitzen der Bedrohung (Pershing II und Cruise Missile-Stationierung, Herbstmanöver '84 nach dem Konzept der Air-Land-Battle-Doktrin) und eine zunehmende Diskussion um sicherheitspolitische Alternativen.

Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland haben sich immer als Friedensbewegung verstanden. Der Kampf gegen die »Remilitarisierung« Anfang der 50er Jahre und später die Kampagne »Kampf dem Atomtod« sind historische Bezugspunkte dieses Selbstverständnisses. Obwohl also die Themen Frieden und Abrüstung in den letzten Jahrzehnten zum unumstrittenen programmatischen Grundbestand gehörten, waren sie bis Ende der 70er Jahre kein gewerkschaftspolitisches und kein betriebliches Thema. Die Ursache dürfte darin liegen, daß militärischer Frieden nicht »Kernbereich gewerkschaftlicher Arbeit« ist (H. Klaus, IG Metall). Das Friedensthema gehört nicht zum Alltag gewerkschaftlicher Interessenvertretungspolitik und wird daher nur in Ausnahmesituationen aktiviert. In dieser Zeit war für die Gewerkschaften vor dem Hintergrund der Einbindung in die NATO und der Zustimmung zur Doktrin der gegenseitigen Abschreckung kein Anlaß zur Besorgnis gegeben. Das Aufkommen der Friedensbewegung wurde von den oberen Gewerkschaftsgremien eher mißtrauisch beobachtet, die offizielle Unterstützung des »Krefelder Appells« wurde abgelehnt. Der DGB begründete seine Haltung damit, daß dieser Appell, der von über zwei Millionen Bundesbürgern unterzeichnet worden war, die Abrüstung im eigenen Bündnis einseitig in den Vordergrund stellte, der Forderung nach einer gleichzeitigen und gleichgewichtigen Abrüstung in Ost und West nicht gerecht wurde. Dahinter stand auch die Angst bzw. der Vorwurf, daß die Friedensbewegung kommunistisch unterwandert und gesteuert sei. Unter Berufung auf die gewerkschaftlichen Traditionen in der Friedensarbeit, seine politische Unabhängigkeit und organisatorische Stärke hat der DGB dann eine eigene Unterschriftenkampagne »Frieden durch Abrüstung« gestartet. Dieses Konkurrenzunternehmen ist gescheitert.

Den ersten Höhepunkt der neuen westdeutschen Friedensbewegung

bildete die Kampagne gegen den Nachrüstungsbeschluß, d.h. die Stationierung von Pershing II und Cruise Missile in der Bundesrepublik. Der DGB hat in dieser Zeit erkennen müssen, daß es sich nicht um eine kommunistisch gesteuerte Bewegung handelte und daß er ohne Beteiligung an dieser »breiten und demokratischen Volksbewegung« ins Abseits geraten würde. Über die Formen der Beteiligung bzw. des eigenen Beitrags kam es zu heftigen Kontroversen. Ergebnis war ein bundesweiter Widerstandstag am 05.10.1983 außerhalb der »Friedenswoche« der Friedensbewegung. Die Diskussionen über den Sinn und die Zulässigkeit eines politischen Streiks endeten mit »5 Mahn-Minuten«, mit denen Druck auf die Genfer Abrüstungsverhandlungen ausgeübt werden sollte.

Die Beurteilung dieser Entwicklung fällt ambivalent aus. Auf der einen Seite war diese Arbeitsniederlegung einer der ganz seltenen Fälle, in denen der DGB offiziell zu einer politischen Demonstration aufgerufen hat. Das war noch nicht einmal 1972 der Fall, als viele Beschäftigte anlässlich des CDU/CSU-Mißtrauensvotums gegen den damaligen Bundeskanzler Willy Brandt demonstrierten und ihre Arbeit niederlegten. Der DGB hat sich damit eindeutig in die Friedensbewegung eingebracht und die Betriebe für politische Manifestationen geöffnet. Auf der anderen Seite der Bilanz steht, daß die Aktion bewußt in Distanz zur Friedensbewegung organisiert war, eine andere politische Stoßrichtung hatte und in der Regel betrieblich schlecht vorbereitet war. Mittlerweile ist deutlich geworden, daß diese Aktion eine »Eintagsfliege« geblieben ist, daß die Betriebe nicht in weitere friedenspolitische Initiativen einbezogen worden sind.¹ Diese Einschätzung findet sich z.B. auch in einem Interview mit dem Vertrauenskörperleiter bei Hoesch-Phoenix (Dortmund) wieder:

»Diejenigen, die vor 1 1/2 Jahren — wir haben das bei Vollversammlungen hier erlebt — als Spinner hingestellt worden sind, werden aber heute akzeptiert ...

Wenn das normale Gewerkschaftsmitglied damit gemeint ist, dann ist von dieser Basis kein Anstoß gekommen. Wenn die Basis der Funktionäre gemeint ist, dann muß man feststellen, daß gerade auf der untersten Ebene die Anregungen gekommen sind ... Sicher, es war ja nicht gewollt, daß aus den Betrieben selbst was kam. Man hat auf diesem Weg zum Stillhalten der Kollegen beigetragen ... Mit dem 5. Oktober war die Luft auch wieder raus. Die Kollegen haben danach kaum weiterdiskutiert.

Ich glaube, die 5 Minuten haben den Widerstand im Betrieb nicht integriert. Diese 5 Minuten waren eher ein Aufspringen auf den fahrenden Zug, weil sich gezeigt hatte, daß viele Gewerkschafter in der Friedensbewegung mitmischen und man gemerkt hat, daß man da nicht außen vor stehen kann. Widerstandskultur ist meiner Auffassung nach nur durch unmittelbare Betroffenheit zu erzeugen« (TAZ, 19.10.1983).

Sieht man sich die betrieblichen Friedensinitiativen an, so wird deutlich, daß sie eher gesellschaftspolitisch orientiert sind, die Verbindung von Friedenspolitik und Arbeit eine seltene Ausnahme ist und auch von den Gewerkschaften nicht gefördert wird.

Ein Beispiel für individuellen Widerstand ist der Fall des Druckers Schlichting. Schlichting ist anerkannter Kriegsdienstverweigerer und Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN). Er hatte in seiner Firma im November 1981 den Arbeitsauftrag abgelehnt, Werbeprospekte für kriegsverherrlichende bzw. -verharmlosende Bücher zu drucken und war daraufhin fristlos, hilfsweise fristgemäß gekündigt worden. Nach zwei gerichtlichen Vorinstanzen mit für ihn negativem Ausgang hat der zweite Senat des Bundesarbeitsgerichts im Dezember 1984 entschieden, daß ihm ein Recht auf Leistungsverweigerung wegen eines durch die Geschäftsleitung vermeidbaren Gewissenskonflikts zustehe. Der Arbeitgeber hätte ihn auch mit »gewissensneutralen« Tätigkeiten beschäftigen können (Az.: 2 AZR 436/83 nach FR, 21.12.1984). Dieses Urteil gibt erstmals betrieblichen Friedensaktivitäten einen gewissen Rückhalt, was allerdings bisher von den Gewerkschaften und in den Betrieben nicht aufgegriffen worden ist (vgl. neuerdings den Fall des Elektrotechnik-Ingenieurs Lutz Berger bei der Firma Schwing Hydraulik-Elektronik).

Zur Mobilisierung in den Betrieben und zur Realisierung einer stärkeren gewerkschaftlichen Friedensarbeit haben sich seit 1983 betriebliche Friedensinitiativen gegründet. Ihre Arbeitsgrundlage ist der »Appell für Frieden und Arbeit«, der die Entfernung von Pershing II und Marschflugkörpern aus der Bundesrepublik, die zehnprozentige Senkung des Rüstungshaushalts zugunsten eines Beschäftigungsprogramms sowie die Unterstützung des Palme-Vorschlags zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa fordert. Die Initiativen führen bundesweite Treffen durch und bereiten Friedenskundgebungen der Gewerkschaften vor. Es ist noch nicht klar geworden, inwieweit es den Initiativen gelingt, mit ihrer Arbeit auch direkt auf betriebliche Politik und Verhalten in den Betrieben Einfluß zu nehmen (z.B. Friedensarbeit in Rüstungsbetrieben)². Die Mehrzahl der betrieblichen und gewerkschaftlichen Friedensinitiativen ist nicht in Rüstungsbetrieben tätig, so daß ihre Anknüpfungspunkte eher im Verteilungskonflikt liegen (s.u.).

3. *Die steigenden sozialen und politischen Kosten der Rüstung*

Rüstungsausgaben entziehen immer Haushaltsmittel der Verwendung für andere, zivile Zwecke. Wenn die Sicherheitsgarantie durch Rüstung

glaubwürdig ist und gleichzeitig keine eklatanten sozialen Mißstände im Lande vorhanden sind, werden diese Alternativen nicht zum Problem. Beide Bedingungen sind aber nicht mehr gegeben. Seit dem Wiedereinsetzen des Krisenzyklus in der BRD und insbesondere der Abkopplung von wirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigung, d.h. der Etablierung von Dauer- und Massenarbeitslosigkeit auch in der Bundesrepublik, sind die Anforderungen an das sozialstaatliche Sicherungssystem gestiegen. Gleichzeitig versucht die CDU/FDP-Regierung über Kürzungen im Sozialbereich die Staatsverschuldung zu verringern. Da die ausreichende Versorgung von wachsenden Teilen der Bevölkerung mit Nahrung, Wohnung und Gesundheitsleistungen nicht mehr gewährleistet ist (Stichwort: »Neue Armut«)³, werden Rüstungsausgaben und Sozialausgaben zu echten Alternativen. Wenn — wie aus den jährlichen Haushaltsplänen ablesbar ist — eine Umverteilung zwischen der Grundversorgung der ärmsten Bevölkerungsteile und Rüstungsausgaben stattfindet, wachsen die Legitimationsprobleme der Rüstungspolitik.⁴ Untersuchungen zu diesem Thema haben gezeigt,

»... daß das Einsparvolumen im Sozialbereich die Zunahme des Verteidigungsetats bei weitem übersteigt. Summiert man die Leistungskürzungen und Belastungen der Versicherten und der Versicherungsträger, so läßt sich — nach Berechnungen des DGB — allein für die Jahre 1983 und 1984 — ein Volumen von 24 Mrd. DM errechnen ... Im selben Zeitraum steigen die Militärausgaben um rd. 7 Mrd. DM. Zu beachten ist auch, daß das sozialpolitische Kürzungsvolumen weitaus größer ist als die Entlastung des Bundeshaushalts.«⁵

Insofern gibt es keine direkte Umverteilung zwischen diesen Positionen, ihre Veränderung ist allerdings ein Baustein in einer politischen Wende, die auf Austeritätspolitik nach innen (umfassende Einschränkungen der Staatsausgaben) und Expansionspolitik nach außen baut. Militärische Stärkung wird dabei durchaus als flankierende Maßnahme einer weltmarktorientierten Expansion verstanden. Die politische Wende kann sich dabei wohl immer noch auf das antikommunistische Dogma stützen, das C. Bielefeld beschrieben hat: »Was nützt die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen?«

Gerade die Gewerkschaften haben in der BRD den Zusammenhang zwischen Rüstung und Sozialabbau zum Thema gemacht. Diese Argumentation ist insofern besonders stark, weil auf der einen Seite keine der Gewerkschaften, in deren Organisationsbereich Rüstungsgüter produziert werden (insb. IG Metall), offensiv für Rüstung eintritt, auf der anderen Seite indirekt alle Arbeiter- und Angestelltenhaushalte sowie ein anderer Teil der DGB-Gewerkschaften (insbesondere ÖTV) direkt von den unzureichenden Haushaltsansätzen z.B. im Gesundheits-

Schul- und Sozialbereich gravierend betroffen sind. Obwohl daher die Position: »Kein Sozialabbau durch Rüstung« generell im DGB vertreten wird, so gibt es doch politische Unterschiede in der Frage, inwieweit die herrschende Militärdoktrin und Verhandlungsstrategie verändert werden muß. Hier deutet sich an, daß ein Teil der DGB-Gewerkschaften deutlich an der herrschenden Abschreckungsdoktrin festhält und keine Handlungsräume für die Friedensbewegung zulassen will (vgl. Es geht um die Bedürfnisfrage 1983).

Die soziale und moralische Seite der Rüstungsausgaben wird an den Dritte-Welt-Ländern besonders deutlich. Das Reichtum-Armut-Gefälle zwischen Nord und Süd hat sich in den letzten Jahrzehnten dramatisch verschlechtert, gleichzeitig ist der Anteil der Rüstungsausgaben im Haushalt vieler Dritte-Welt-Länder drastisch gestiegen und übersteigt sogar die Prozentsätze in den USA und der UdSSR. Rüstungsexport stellt sich damit als pervertierteste Form der Entwicklungshilfe dar, mit der diktatorische Regime stabilisiert, die knappen Gelder der Sicherung der Grundernährung entzogen und damit weitere Hungerkatastrophen nicht nur zugelassen, sondern einkalkuliert werden. Dem steht gegenüber die (vorläufige) Erhaltung von vielleicht 40000 Arbeitsplätzen in den Rüstungsbetrieben der Bundesrepublik. Hauptabnehmer in der Dritten Welt waren in der Vergangenheit Argentinien, Iran, Algerien und Lybien (über den Umweg von Drittländern) — fast alles Länder, die in den letzten Jahren in Angriffskriege verwickelt waren und in denen breite Teile der Bevölkerung Hunger leiden.

Da solche Rüstungsaufträge zudem von politischen Konstellationen abhängen (Abstimmung im Bündnis, Genehmigung durch die Bundesregierung) und zu erheblichen Teilen vom Lieferland subventioniert werden müssen, sind die vermeintlich positiven Effekte noch nicht einmal gegeben: Sie werden z.B. durch die BRD mitfinanziert und unterliegen dem ständigen Risiko der Stornierung, Zahlungsunfähigkeit, Streckung etc., binden folglich nur sehr instabil Beschäftigung.

Auch dieser internationale Aspekt der Rüstungsproduktion ist in den letzten Jahren verstärkt von den Gewerkschaften aufgenommen worden. Darüber hinaus hat sich aus der Friedensbewegung, die sich bisher wenig um die Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik gekümmert hatte, eine »Kampagne gegen Rüstungsexport« entwickelt: Weil

- Rüstungsexporte ein wichtiges Element im Prozeß der weltweiten Militarisierung der politischen Beziehungen sind;
- Rüstungsexporte im Zusammenhang mit einer Politik stehen, die ungerechte und ausbeuterische politische, soziale und wirtschaftliche Beziehungen aufrechtzuerhalten sucht;

— Rüstungsexporte in den Liefer- wie in den Empfängerländern mit sozialen Kosten verbunden sind, die jede Friedenspolitik erschweren, haben sich 1983 zwölf christliche Organisationen auf eine gemeinsame Kampagne verständigt. Ihr Ziel ist das allgemeine Verbot von Rüstungsexporten, verbunden mit der Umstellung der dadurch freiwerdenden Produktionskapazitäten auf die Fertigung zivil verwendbarer, sozial nützlicher Güter. Durchgesetzt werden soll dieses Ziel mit einer Verbesserung der Informationsbasis im kirchlichen Bereich und, in einer zweiten Phase, mit öffentlichen Kampagnen und Druck auf die politischen Instanzen.⁶ Auch dieser Kampagne fehlt, was generell für die Friedensbewegung gilt, im wesentlichen der Zugang zu den Betrieben, in denen Rüstungsgüter hergestellt werden. Auch ihre Argumentation verbleibt weitgehend auf einer gesellschaftspolitischen und moralischen Ebene, findet keinen direkten Zugang zu den materiellen Interessen und Lebens- und Arbeitsorientierungen der Rüstungsarbeiterinnen und -arbeiter. Die Kampagne wird zwar den Druck auf die Betriebe erhöhen und bei vielen Rüstungsbeschäftigten ein »schlechtes Gewissen« verstärken. Sie gibt aber noch keine Antwort auf die entscheidenden Fragen: Wie kann ein persönliches Engagement für Friedenspolitik mit dem Verhalten und der Arbeitstätigkeit im Betrieb verbunden werden, was heißt konkret Friedensarbeit im Betrieb? Wie könnte eine Arbeitstätigkeit aussehen, die wenigstens nicht kriegsfördernd ist (alternative Produktion)? Die Strategie der Rüstungskonversion dürfte dafür ein richtiger Ansatz sein, aber sie ist für die Mehrzahl der Beschäftigten nicht konkret vorstellbar. Ein Delegierter auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 1983 hat diese »Vermittlungsschranke« folgendermaßen ausgedrückt:

»Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Diskussion um die 35-Stunden-Woche hat gezeigt, daß ein gewisses Problembewußtsein vorhanden ist. Wenn in den Bereichen, in denen zur Zeit schon Überproduktion herrscht und wo sie in Zukunft noch aufgrund neuer Technologien geschaffen wird, alternative Produktion eingeführt werden soll, dann müssen wir den Kollegen auch sagen können, was alternativ heißt« (414).

Die Situation, wie sie sich aus der Krise des sicherheitspolitischen Konzepts und den steigenden komparativen Kosten der Rüstung ergeben hat, kann folgendermaßen zusammengefaßt werden: Es ist ein bedeutendes, gesellschaftliches Kritikpotential an der Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik entstanden, das die deutsche Rüstungsproduktion in der Öffentlichkeit in die Defensive gedrängt hat. Daraus haben sich Gruppen der Friedensbewegung gebildet, die teilweise direkt Rüstungsbetriebe mit dem Ziel der Produktionsumstellung angehen. Dieser zunehmende Druck auf die Betriebe war bisher wenig erfolgreich, wenn

er sich nicht auf konkrete betriebliche Probleme (Arbeitsplatzabbau) beziehen konnte. Die Strategie der Rüstungskonversion wird intensiver aufgegriffen, z.B. auch auf Gewerkschaftstagen. Wie der letzte Gewerkschaftstag der IG Metall belegt hat, geschieht dieses Aufgreifen durch die Gewerkschaftsführung nur defensiv. So sind die Anträge zur Schaffung eines gewerkschaftlichen Instrumentariums für Konversion nach heftiger Diskussion nur als Material an den Vorstand verwiesen worden.⁷

Da also bislang die vereinzelt betrieblichen Konversionsinitiativen von der Gewerkschaftsführung und der breiten Mitgliedschaft nur distanziert und defensiv aufgenommen werden und keine unterstützende Infrastruktur aufgebaut worden ist, bleiben nur die Fälle von Arbeitsplatzabbau als Anknüpfungspunkte für weitergehende Umstellungsinitiativen.

4. *Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie*

Zur Beantwortung der Frage, welche Verbindungslinien für Beschäftigte der Rüstungsindustrie zwischen dem persönlichen Interesse an gesellschaftlicher Friedenspolitik und den persönlichen Interessen in der Arbeit bestehen, sind folgende Merkmale zu berücksichtigen:

- Ein Interesse daran, was produziert wird, gehört traditionell weder zum Kernbereich gewerkschaftlicher Politik noch zu den Orientierungspunkten der Beschäftigten; dementsprechend gibt es auch keine Politiken und Regelungen, mit denen die Beschäftigten und die betrieblichen Interessenvertretungen auf Produktgestaltung und Absatzpolitik Einfluß nehmen können.
- Der Zusammenhang zwischen produktiver Arbeitstätigkeit und Endprodukt ist durch verschiedene Entwicklungen immer weiter aufgelöst worden. Dazu gehören:
- die Arbeitsteilung zwischen den Betrieben: Rüstungsaufträge werden in der Regel über einen Generalunternehmer und die Zulieferung von Komponenten durch viele Unterlieferanten durchgeführt;
- die weit vorangeschrittene Arbeitsteilung in den Betrieben und der Verlust des Überblicks über den Gesamtproduktionsprozeß für den einzelnen Beschäftigten;
- die Entwicklung der Fertigungstechnik, die dazu geführt hat, daß die Arbeitssituation immer weniger durch das spezifische Produkt und immer mehr durch die Produktionstechnologie geprägt wird.
- In Rüstungsgütern gehen eine Vielzahl von Komponenten ein, die in gleicher Gestalt in Zivilgütern verwendet werden.

- Die Beschäftigten in Rüstungsbetrieben sind kaum Betroffene der Folgen der Anwendung ihrer Produkte — sie haben Arbeitsplätze, die komparativen sozialen Kosten der Rüstung treffen sie nicht direkt und die aktiven Einsatzbereiche der Waffen sind zu 90 % Dritte-Welt-Länder.
- Nicht zuletzt gewährleisten die Rüstungsaufträge — in einer Zeit von Dauer- und Massenarbeitslosigkeit — vorläufig den Erhalt des sozialen Status, des Familieneinkommens und der sozialen Sicherung der Rüstungsarbeiter, was ihren entscheidenden Orientierungen entspricht.

Wir müssen also feststellen, daß die Arbeit in Rüstungsbetrieben die existenziellen Lohnarbeiterinteressen der dort Beschäftigten vordergründig abdeckt und sich nicht erheblich von der Arbeitssituation in zivilen Fertigungsbereichen der Werft-, Maschinenbau- und Elektroindustrie unterscheidet. Abweichungen sind festzustellen bezüglich der hohen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen, der hohen Qualitätsanforderungen (was eher qualifiziertere Arbeit bedeutet) und dadurch, daß Rüstungsfertigung im Betrieb z.T. durch »Sicherheitszonen« geschützt wird. In solchen Zonen werden verschärfte persönliche Kontrollen durchgeführt und einige Rechte außer Kraft gesetzt (Wellmann 1985a).

Die Gewährleistung der Interessen der Beschäftigten in Rüstungsbetrieben hängt — wie in anderen Wirtschaftsbereichen — maßgeblich an der Erhaltung des Arbeitsplatzes. Diese Angewiesenheit auf den Arbeitsplatz hat sich mit dem Einsetzen eines langfristigen Arbeitsplatzabbaus in den metallverarbeitenden Berufen seit ca. 1970 verstärkt. Die Möglichkeiten, in einen anderen Betrieb oder z.B. in den öffentlichen Sektor zu wechseln, haben rapide abgenommen. Aufgrund des Sozialabbaus, der gesellschaftlichen Nicht-Anerkennung von Arbeitslosigkeit und von Arbeit in den Grauzonen der Wirtschaft ist die Angst vor dem Verlust des derzeitigen Arbeitsplatzes gestiegen.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Diskussion auf das Thema konzentriert: »Schafft und sichert die Rüstungsindustrie Arbeitsplätze?«

Die Konzentration der Konversions-Diskussion auf diesen Aspekt der Rüstungsproduktion wird aus dem Vorhergesagten plausibel. Solange die zentralen Interessen der Arbeitsbevölkerung an den Erhalt des bestehenden Arbeitsplatzes gebunden sind, solange es keine gesellschaftlichen Instanzen gibt, die eine persönliche Entscheidung für die Ablehnung friedensgefährdender Lohnarbeit auffangen und damit erst ermöglichen (z.B. Ersatzarbeitsplätze im zivilen Bereich), solange wird die Fixierung auf den Arbeitsplatzertahl nicht aufzubrechen sein. Grund-

sätzlich wird ein noch so starker moralischer Druck »von außen« auf Rüstungsarbeiter nicht ausreichen, einen solchen Arbeitsplatz aufzugeben. Denn, mangels anderer Verhaltensmöglichkeiten im Betrieb, würde heutzutage eine offensive Kritik an Rüstungsaufträgen im Betrieb über kurz oder lang das Verlassen des Betriebes zur Folge haben — dies gilt in noch stärkerem Maße für die betrieblichen Interessenvertretungen.

Die Frage nach den Arbeitsplätzen durch Rüstungsaufträge ist vordergründig einfach zu beantworten. Grundsätzlich schaffen Rüstungsaufträge Arbeitsplätze. Das Problem liegt mehr im Detail: Erstens schaffen sie natürlich nur Arbeitsplätze, soweit sie vorliegen, und damit ist die Frage nach der zusätzlichen Beschaffung von Rüstungsaufträgen in einer Zeit der Beschäftigungskrise gestellt. Und zweitens schaffen sie Arbeitsplätze mit besonderem Beschäftigungsrisiko.

Die Diskussion um den quantitativen Arbeitsplatzeffekt der Rüstungsindustrie soll hier nicht aufgenommen werden (Rodejohann/Wellmann 1982). Für die gegenwärtige Situation scheinen mir zwei Aspekte entscheidend, die im folgenden ausgeführt werden sollen: die Arbeitsplatzunsicherheit durch die Beschaffungswellen der Bundeswehr und das Problem alternativer Beschäftigungsmöglichkeiten.

5. *Beschäftigungsrisiken durch Rüstungszyklen*

M. Brzoska (1984, 178f.) charakterisiert den Wiederaufbau der Rüstungsindustrie in der Bundesrepublik Deutschland durch vier Phasen:

a) In der Vorbereitungsphase bis 1954 begannen die Firmen, die technisches Wissen im Bereich der Rüstung hatten, aber Probleme hatten, sich auf zivile Märkte einzustellen, sich wieder auf die Herstellung von Rüstungsgütern mit Absatzmöglichkeiten im Ausland einzurichten.

b) Die Rüstungsproduktion im Schatten der Wiederaufrüstung 1956-61 war auf die Beschaffung der Grundausrüstung für die Bundeswehr ausgerichtet. Das Interesse der bundesdeutschen Industrie an Bundeswehraufträgen war noch nicht sehr ausgeprägt, ausländische Waffen waren zum Teil umsonst zu bekommen.

c) In der Konsolidierungsphase 1961-1973 wurde durch Technologieimport und Lizenznahme das Rüstungs-know-how in der Bundesrepublik auf internationales Niveau gebracht. Das Interesse der Industrie an Rüstungsproduktion stieg, und der bundesdeutsche Maschinenbau stellte eine breite industrielle Basis dafür zur Verfügung. Die militärische Forschung und Entwicklung wurde massiv gefördert, und es gab die ersten international renommierten Waffenentwicklungen wie den Kampfpanzer Leopard I.

d) Seit 1973 fand die Etablierung der bundesdeutschen Rüstungsindustrie statt; sie errang mit Produkten wie dem Leopard II, den U-Booten der Klasse 109 und der Koproduktion modernster Flugzeuge internationale Anerkennung und internationale Aufträge. Erst in dieser vierten Phase gewann der Export von Rüstungswaren für die bundesdeutsche Industrie ökonomisch größere Bedeutung. Der Aufbau des Rüstungsexports fiel dabei mit den ersten Krisenzeichen in der metallverarbeitenden Industrie und dem Auslaufen der zweiten Beschaffungsphase der Bundeswehr zusammen.

Das Produktionsvolumen der bundesdeutschen Rüstungsindustrie wird, da sie nach wie vor weitgehend auf die Ausrüstung der Bundeswehr ausgerichtet ist, von den Beschaffungsphasen der Bundeswehr bestimmt. Diese Beschaffung hat einen zyklischen Verlauf. Die Beschaffungsphase von Großwaffensystemen wie dem MRCA Tornado, dem Alpha-Jet, den Fregatten 122 und dem Leopard II bedeutete eine »Rundumerneuerung« der Bundeswehr und belastet den Rüstungshaushalt bis in die 90er Jahre.

Die Beschaffung dieser Großwaffensysteme läuft im Durchschnitt um 1987 aus, die Folgesysteme werden in der Mehrzahl nicht vor Mitte der 90er Jahre produziert. Daraus folgt für die Zeit ab 1986/87 eine Beschaffungspause in den verschiedenen Sparten der Rüstungsindustrie und d.h. ein Zustand der Unterauslastung der aufgebauten Kapazitäten und folglich ein Druck auf erhöhte Exportanstrengungen.

Die Forschungsgruppe Rüstungskonversion des Hamburger Instituts für Friedensforschung resümierte 1984:⁸

»Der kurze Überblick über einige wichtige Beschaffungsprogramme der Bundeswehr und kurz- und mittelfristige Anschlußplanungen zeigt sehr deutlich zwei wichtige Kennzeichen der Rüstungsproduktion.

- Sie verläuft in zyklischen Schüben. Auf Auftrags- und Auslastungsspitzen folgen längere Beschaffungstäler, in denen entweder die Produktionskapazitäten stark gesenkt werden (durch Massenentlassungen und Betriebsstillegungen) oder aber durch massiven Export ausgelastet werden müßten.
- Alle Großwaffensystementwicklungen weisen erhebliche Überschreitungen der angesetzten Kosten auf. Die Folge sind Finanzierungsengpässe, die nur über Umschichtungen innerhalb der Staatsausgaben zugunsten der Rüstung bewältigt werden können.

Die jetzt erkennbaren Planungen des BMVg lassen vermuten, daß der Zyklus der Waffenbeschaffungen in den Jahren von 1985-1995 sehr ausgeprägt sein wird ... Die weiterhin steigenden Systemkosten werden in allen Fällen zu einer Verringerung der produzierbaren Stückzahlen führen und zu einer erneuten, noch stärkeren zukünftigen Anspannung des Militärhaushaltes«.

Nimmt man als weitere Einflußfaktoren hinzu, daß die überdurchschnittlichen Preissteigerungen bei Rüstungsgütern nicht zu einer höherer

Kapazitätsauslastung führen, daß auch in den anderen westeuropäischen Staaten Überkapazitäten entstanden und daher bei der Auftragsvergabe bei den Gemeinschaftsprojekten erhebliche Verteilungskämpfe zu erwarten sind, und letztlich, daß die Konkurrenz im Rüstungsexport durch überschuldung und durch den Aufbau nationaler Rüstungsindustrien in Dritte-Welt-Länder (Israel, Brasilien, Südafrika) sich deutlich verschärfen wird, so sind ein Beschäftigungsabbau in den rüstungsabhängigen Produktionszweigen sowie zunehmende Anstrengungen im Rüstungsexport vorprogrammiert.

Diese Situation wird gegenwärtig von den zuständigen Instanzen auch zugegeben — obwohl sie nach dem Konzept der Bundesregierung gar nicht hätte entstehen dürfen. Dieses Konzept baut darauf, daß

- keine Rüstungsmonostrukturen aufgebaut werden und damit die betroffenen Betriebe sich an Auftragschwankungen durch Diversifizierung anpassen können;
- solche Anpassungsprozesse in der Vergangenheit bereits erfolgreich stattgefunden haben;
- durch restriktive Rüstungsexportpolitik diese nicht zu dauerhaften Erhöhungen der Rüstungskapazitäten führen.

Wenn diese präventiven Maßnahmen nicht ausreichen, ständen folgende Maßnahmen zur Verfügung:

- die Unterstützung von Produktionsumstellungen mittels strukturpolitischer Instrumentarien;
- finanzielle Förderungsmaßnahmen insbesondere im Bereich der Luft- und Raumfahrtindustrie;
- letztlich Entlassung und (die immer geringer werdende Wahrscheinlichkeit der) Wiedereinstellung der betroffenen Arbeitskräfte über Maßnahmen des Arbeitsförderungsgesetzes.⁹

Auf der Grundlage dieser Konzeption und

»unter den derzeitigen außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Gegebenheiten in der Bundesrepublik Deutschland sieht die Bundesregierung keine Notwendigkeit und auch keine Möglichkeit für eine größer angelegte Konversion von Rüstungskapazitäten.«¹⁰

Da diese Konzeption — wie schon die Vergangenheit gezeigt hat — starke Auftragsschwankungen nicht wirklich verhindern kann, wird die Verantwortung auf die Einzelunternehmen (Diversifikation) und über diese z.T. auf die Beschäftigten abgewälzt. Gleichzeitig befindet sich die Bundesregierung gegenüber den Rüstungsbetrieben auch immer in der Pflicht (Exportgenehmigungen, Ausfallbürgschaften, Kreditbeschaffung etc.), da es sich um eine nationale Sicherheitsaufgabe handelt. In der Bundesrepublik scheint dieser »militärisch-industrielle

Komplex« allerdings nicht so ausgeprägt und einflußreich zu sein wie in den anderen NATO-Staaten (Brzoska 1982, 39ff.).

Für die Reaktionsmöglichkeiten der Rüstungsgüter herstellenden Unternehmen gibt es zwei wesentliche Rahmenbedingungen: die spezifischen Vorteile von Rüstungsaufträgen und der durchschnittliche geringe Anteil der Rüstungsaufträge am Gesamtumsatz.

Ein entscheidender Vorteil von inländischen Rüstungsaufträgen liegt sicher darin, daß es nur einen Auftraggeber gibt, der zudem dem nationalen Sicherheitsinteresse verpflichtet ist. Daraus ergibt sich eine enge Produzent-Kunden-Verbindung, eine gegenseitige Abhängigkeit, die auf zivilen Märkten unüblich ist. Untersuchungen haben darüber hinaus gezeigt, daß Rüstungsaufträge im Verhältnis zum relativ geringen eigenen Kapitaleinsatz hohe Umsätze und eine überdurchschnittliche Eigenkapitalrendite erbringen (Brzoska 1982, 37ff.).

Weitere Vorteile von Rüstungsaufträgen dürften in der Möglichkeit der Nachbesserung von Kostenvoranschlägen, der Möglichkeit der Überziehung von Auslieferungsterminen und dem hohen Anteil an Forschungs- und Entwicklungskosten liegen, mit denen Unternehmen einen überproportionalen Anteil ihrer Gemeinkosten und ihrer generellen Entwicklungskosten finanzieren können.

Damit sind bereits Möglichkeiten der Diversifizierung angesprochen. Es kann davon ausgegangen werden, daß ein Teil der veranschlagten FuE-Kosten bei Rüstungsaufträgen für die Entwicklung neuer Produkte verwendet wird. Auf welche Produktlinien dabei gesetzt wird, ist eine unternehmenspolitische Entscheidung. In der Bundesrepublik sind Rüstungsgüter herstellende Unternehmen die Ausnahme, bei denen der Anteil der Wehrtechnik mehr als 50 % vom Umsatz beträgt (Brzoska 1982, 32ff.).

Ein Beispiel für das Auffangen der anstehenden Beschaffungslücke ist die Motoren- und Turbinen-Union (MTU), deren Vorstandsvorsitzender Zimmermann vor kurzem wegen der Beteiligung des Konzerns an der Rüstungsproduktion ermordet wurde. Durch das Auslaufen der Tornado-Triebwerke und des Leopard II-Motors wird sich der Rüstungsanteil von derzeit 45 % auf ca. 35 % in 1989 verringern. Das Unternehmen versucht, die Auftragslücke bis zum Jäger 90, an dem es zu 25 % beteiligt ist, mit zivilen Triebwerksprogrammen aufzufangen (Handelsblatt vom 14.02.1985).

Auch aus anderen Unternehmen sind eine Reihe von Anstrengungen bekannt geworden, den zivilen Bereich auszuweiten und neue Produkte zu entwickeln, was angesichts des verschärften Konkurrenzkampfes nur selten gelingt. Andererseits gibt es auch Fälle, in denen Unternehmen

zivile Geschäftsbereiche mit Blick auf zukünftige Rüstungsaufträge aufgeben. Insgesamt kann nicht davon ausgegangen werden, daß die deutschen Unternehmen in Rüstungsaufträgen generell einen erstrebenswerten, auszuweitenden und risikolosen Geschäftszweig sehen. Rüstungskonversion als programmatische und politische Strategie lehnen diese Unternehmensleitungen allerdings aus folgenden Gründen prinzipiell ab:

1. Rüstungskonversion stellt das Direktionsrecht der Geschäftsleitung über die Unternehmenspolitik in Frage.
2. Rüstungskonversion sei der Versuch, die Verteidigungsbereitschaft und -fähigkeit mit Hilfe des Angstarguments »Arbeitsplatzsicherheit« zu unterlaufen. Die Bundesrepublik Deutschland würde durch den Verzicht auf eine eigene Wehrtechnik in Abhängigkeit vom Ausland geraten.
3. Rüstungskonversion habe in der Vergangenheit nicht funktioniert (USA nach dem 2. Weltkrieg, Lucas Aerospace).
4. Alternative Produkte seien wegen der hohen Planungs- und Investitionskosten zu teuer, wären am Markt vorbei konzipiert oder es gab sie schon, ähnlich oder besser, fast immer billiger — d.h. wenn es solche marktfähigen Produkte gäbe, hätten die Unternehmen mit ihrer FuE-Kapazität sie schon längst gefunden.
5. Das Eindringen von wehrtechnischen Betrieben auf den Konsum- und Investitionsgütermarkt führe zu einem Verdrängungswettbewerb und damit zwangsläufig zu Arbeitsplatzgefährdung. Die zivilen Märkte sind gesättigt.
6. Wehrtechnologie sei Spitzentechnologie mit »spin-off-effect«, d.h. stimuliert die gesamte Grundlagen- und Anwendungsforschung (Schwerdt 1984a).

Zumindest in offiziellen Verlautbarungen von Unternehmerseite wird suggeriert, daß die drei entscheidenden gesellschaftlichen Probleme: Friedenssicherung, Arbeitslosigkeit und schonender Umgang mit der Natur nicht in Widerspruch zur Rüstungsproduktion stehen. Entgegen einer Vielzahl von Analysen wird sogar behauptet: »Wehrtechnik sichert eine Million Arbeitsplätze« (Schwerdt 1984b).

Der prinzipielle Widerspruch zwischen diesen drei gesellschaftlichen Zielen und Rüstungsproduktion ist auch dem DGB, insbesondere der IG Metall erst relativ spät zum akuten Problem geworden. Bis Anfang der 70er Jahre stand ihre gesellschaftspolitische Abrüstungsforderung nicht mit ihrer Aufgabe der Interessenvertretung für Beschäftigte in Rüstungsbetrieben in Widerspruch. Erst mit dem Auftreten konkreter Beschäftigungsprobleme durch fehlende Anschlußaufträge (bei generellem

Aufbau von Rüstungskapazitäten) wurde die IG Metall gezwungen, ihre Position zu verdeutlichen (Wellmann 1985b, 230). Anfang der 70er Jahre wurden zunehmend Betriebsräte von Rüstungsbetrieben in Bonn vorstellig, um Rüstungsaufträge in »ihren« Betrieb zu lenken. Dieser »Rüstungslobbyismus von unten« (Wellmann) institutionalisierte sich 1975 in der Gründung des »Arbeitskreises Arbeitnehmer wehrtechnischer Unternehmen«, dem anfangs 16 Betriebsratsmitglieder aus 9 Rüstungsfirmen angehörten. Ein solches Engagement war durchaus mit einer rüstungskritischen Einstellung der Betriebsräte vereinbar. Ihnen ging es als einzelnen um einen größeren Anteil am Kuchen in einer Phase steigender Rüstungsaufträge. Aber:

»Was aus der Sicht einer Belegschaft und ihrer Interessenvertretung lediglich als legitimes Bemühen um Beschäftigungssicherung durch gerechte Teilhabe an den so oder so in die Rüstung fließenden Finanzmitteln erscheint, summiert sich auf übergeordneter Ebene zu einem aus vielfältigen Quellen gespeisten Druck zur Erhöhung der Rüstungsaufwendungen und zur Genehmigung von Rüstungsgütern« (Wellmann 1985b).

Damit war für die Gewerkschaft in dreierlei Hinsicht die Notwendigkeit des Eingreifens gegeben: erstens forderten ihre Mitglieder faktisch eine Aufrüstungspolitik, zweitens machten sich Betriebsräte zu Erfüllungsgehilfen der Unternehmensleitungen und reproduzierten die Konkurrenz der Unternehmen untereinander, und drittens hatten sie eine eigenständige Organisation außerhalb der gewerkschaftlichen Organisationsstrukturen gebildet. Auf ihrem 12. Gewerkschaftstag verurteilte die IG Metall 1977 Rüstungslobbyismus durch Betriebsräte und wandte sich gegen die Lockerung der Exportbeschränkungen für Rüstungsgüter. In der Entschließung zur 'Wirtschaftspolitik' forderte sie eine langfristige Kapazitätsplanung, Auflagen zur Erhaltung und Erhöhung des Anteils ziviler Fertigung und erstmalig: die Vorbereitung der schrittweisen Umstellung von militärischer zu ziviler Produktion. Das bedeutete die Anerkennung der Notwendigkeit und Möglichkeit von Rüstungskonversion. Die IG Metall hatte sich damit in eine schwierige Situation begeben, die bis heute nachwirkt. Sie hat betriebliche Aktivitäten und eine Strategie in ihre Beschlüsse aufgenommen, deren wirtschafts- und gesellschaftspolitische Dimensionen mit den traditionellen gewerkschaftlichen Krisenstrategien nur schwer in Übereinstimmung zu bringen sind. Seit diesen Beschlüssen — die auf weiteren Gewerkschaftstagen verstärkt wurden — ist die gewerkschaftliche Haltung dadurch bestimmt, daß nach einer Ein- bzw. Zuordnung der Strategie der Konversion in die traditionellen Handlungsfelder gesucht wird. Sie hat Versuche gemacht in Richtung Ausweitung der Mitbestimmung, Beschäftigungsprogramm, Regionalpolitik und vorausschauende Strukturpolitik.

Die Dynamik des Themas Konversion hat aber dazu geführt, daß solche Zuordnungen bisher nicht gelungen sind.¹¹ Die fortwährende Verunsicherung und Distanz hat gleichzeitig die nachteilige Folge gehabt, daß eine überbetriebliche Infrastruktur zur Unterstützung betrieblicher Konversionsinitiativen bisher nur sehr zögernd aufgebaut worden ist (z.B. Innovationsberatungs-Stelle in Hamburg, Forschungsprojekt der Böckler-Stiftung).

Während sich anfangs die gewerkschaftlichen Vorstellungen von Konversion sicher nur auf einzelne Betriebe bezogen, bei denen die Fähigkeiten des Managements zur Anpassung und die staatlichen Unterstützungen nicht ausreichten, veränderten sich zunehmend die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und gaben ganz neuen Strategien Auftrieb:

1. Immer mehr Produkte, nicht nur der Rüstungsindustrie, wurden wegen ihrer Unverträglichkeit mit der Umwelt und ihrer sozialen Schädlichkeit einer grundsätzlichen Kritik unterworfen, es entwickelte sich eine »Krise der industriellen Produktionspalette« (Hildebrandt/Spitzley 1982).
2. Die schweren Beschäftigungseinbrüche blieben nicht auf einzelne Betriebe beschränkt, sondern weiteten sich auf ganze Regionen aus, die bezüglich ihrer Arbeitslosenquoten und ihrer Industrialisierungsniveaus weit hinter andere Regionen zurückfielen (Kooperationsstelle 1983). Im Gefolge nahm die Zahl der Versuche von Betriebsweiterführungen durch die Beschäftigten zu (König u.a. 1985).
3. Es entwickelte sich ein zweiter und dritter Arbeitsmarkt, der nachwies, daß in anderen betrieblichen Organisationsformen und mit neuen Produkt- und Produktionsideen Arbeitsplätze geschaffen werden können (Bolle u.a. 1983).

Insbesondere das Entstehen von ausgesprochenen Krisenregionen hat dazu geführt, daß mit Unterstützung der dortigen gewerkschaftlichen Verwaltungsstellen (Bremen und Hamburg, neuerdings Nürnberg und Dortmund) neue Ansätze zur Betriebsweiterführung (z.B. das IG Metall-Konzept für die Howaldt-Deutsche Werft AG in Hamburg) und zur Regionalpolitik (vgl. das »Strukturprogramm Küste«) entwickelt worden sind. Parallel sind eine Vielzahl von unterstützenden Institutionen und Arbeitszusammenhängen entstanden.¹² Diese Initiativen leben von der Unmittelbarkeit der Regional- und Branchenkrise (Werften), der Nähe zu starken, grün-ökologischen Gruppen in der Region und nicht zuletzt daraus, daß die betrieblichen und regionalen Gewerkschaftsorgane eine relativ hohe Autonomie gegenüber der Gewerkschaftszentrale haben. Insgesamt ist aber dem Urteil von Wellmann zuzustimmen:

»Weder ist ein Rückfall in rüstungslobbyistische Aktivitäten von Arbeitnehmervertretern auf breiter Front ausgeschlossen, noch ist gewährleistet, daß die IG Metall das Konzept der Arbeitsplatzsicherung in der Rüstungsproduktion durch deren Umstellung auf alternative Fertigung mit Nachdruck weiterentwickelt« (Wellmann 1985a, 144).

6. Möglichkeiten und Perspektiven der Rüstungskonversion

Wie im vorhergehenden Abschnitt gezeigt worden ist, wird die Strategie der Rüstungskonversion von den Gewerkschaften und der überwiegenden Mehrzahl der Beschäftigten nur unter zwei entscheidenden Bedingungen aufgegriffen: Die erste Bedingungen ist die enge und funktionale Bindung an die Erhaltung der Arbeitsplätze. Die zweite Bedingung besteht darin, daß andere Lösungen des Arbeitsplatzproblems nicht greifen bzw. nicht durchzusetzen sind.

Die traditionellen Lösungsversuche des Arbeitsplatzrisikos in der Rüstungsindustrie bestehen in einer Beschäftigungssicherung durch:

- a) Steigerung der Rüstungsproduktion durch Erhöhung des nationalen Rüstungshaushalts und/oder die Steigerung des Rüstungsexports.
- b) Die erfolgreiche Diversifizierung der Produktpalette durch die Unternehmensleitungen der betroffenen Unternehmen; gegebenenfalls Übernahme des gefährdeten Betriebs durch ein anderes Unternehmen.
- c) Die Entlassung und Wiederbeschäftigung von Teilbelegschaften auf der Grundlage regionalen Wirtschaftswachstums.

Nur soweit und solange diese Lösungswege nicht erfolgreich sind, wird zögernd auf Strategien alternativer Produktion zurückgegriffen. Jede offizielle Tolerierung solcher Initiativen oder ihre Unterstützung muß unter diesem Vorbehalt gesehen werden. Eine solche enge und funktionale Bindung der Unterstützung von Rüstungskonversion an Arbeitsplatzsicherung beinhaltet auch die Vorstellung, daß Konversion unter sonst unveränderten Bedingungen möglich ist und sofort funktioniert. Das bedeutet, daß eine falsche Einschätzung dieser Strategie vorherrscht. Die Strategie der Rüstungskonversion enthält neben dem Aspekt der Arbeitsplatzsicherung eine Reihe von weiteren Dimensionen, die nicht einfach abgekoppelt werden können und die die bestehenden betrieblichen und gesellschaftlichen Bedingungen nicht unverändert lassen:

- Rüstungskonversion baut auf das unmittelbare Wissen und die Erfahrung der Beschäftigten, versteht diese als Experten ihrer Arbeit und stellt damit die betriebliche (und gesellschaftliche) Arbeitsteilung zwischen Wissenschaft und Forschung einerseits und ausführender Produktion andererseits in Frage.

- Rüstungskonversion beruht auf der betrieblichen Kooperation zwischen den verschiedenen betrieblichen Funktionsträgern und wendet sich damit gegen die hierarchische Aufbau- und Ablauforganisation im Betrieb.
- Rüstungskonversion orientiert sich unmittelbar an den gesellschaftlichen Bedürfnissen, d.h. ist wesentlich auf die Art der zu fertigenden Produkte, ihre gesellschaftliche Nutzung und ihre Auswirkungen ausgerichtet. Das bedeutet in der Regel, daß Produktvorschläge von Konversionsinitiativen auf »sozial nützliche und ökologisch verträgliche Produkte«, auf regionalen Bedarf und auf den Bedarf gesellschaftlich benachteiligter Gruppen zielen. Dadurch wird gleichzeitig eine ganze Reihe gesellschaftlicher Tabus durchbrochen: die Trennung von Produktion und Produkt, die Orientierung an Weltmarktanforderungen, die Neutralität der Marktnachfrage und nicht zuletzt das Alleinbestimmungsrecht der Unternehmensleitung über die Produktpolitik.
- Konversionsinitiativen nehmen in der Regel selbständig Kontakt zu Bürgerinitiativen und politischen Instanzen auf, um Entwicklung, Finanzierung und Absatz ihrer Vorschläge voranzutreiben. Damit durchbrechen sie sowohl das unternehmerische als auch das gewerkschaftliche Vertretungsmonopol.

Rüstungskonversion ist damit eine sehr vielschichtige und anspruchsvolle Strategie, die in vielfacher Weise gewachsene gesellschaftliche Strukturen aufbricht und nur sehr langsam und schrittweise entwickelt werden kann. Sie enthält eine innere Dynamik, die von den traditionellen Vertretungsinstanzen kaum kontrolliert werden kann. Dies dürfte auch der tiefere Grund für die generelle Distanz auch der Gewerkschaftsführungen sein und für die Versuche, Konversionsinitiativen betrieblich (durch Umstellungsausschüsse, betriebliches Vorschlagswesen, selektive Aufnahme von Produktideen) und gewerkschaftlich (z.B. durch die Einordnung in die Mitbestimmungs-Kampagne) aufzufangen.¹³ Rüstungskonversion ist damit maßgeblich auch eine Strategie der betriebs- und gesellschaftspolitischen Mobilisierung der Beschäftigten (»Kampf um die Köpfe«). Der Lebensnerv der Konversionsidee ist dennoch die Frage nach der Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Nur wenn dieses Element der Strategie eingelöst wird, wird sie langfristig angenommen werden und ihre weiteren Perspektiven entfalten. Die Zielvorstellung ist, durch neue Produkte entweder bisher nicht über den Markt abgedeckte Bedürfnisse zu befriedigen oder bestehende Produkte, die sich als sozial und ökologisch unverträglich erwiesen haben, abzulösen. Dazu ist erforderlich:

- erstens solche neuen Produkte herauszufinden,
- zweitens diese Produkte bis zur Fertigungs- und Marktreife zu entwickeln und
- drittens über eine zahlungsfähige Nachfrage diese Produkte auch auf dem Markt abzusetzen.

Keines dieser drei Probleme ist bisher nur ansatzweise gelöst. In einer Industrie- und Wohlstandsgesellschaft wie der Bundesrepublik und in einer Phase verschärfter Marktkonkurrenz versuchen die Unternehmen selbst, faktisch alle Bedürfnisse abzudecken, die zahlungsfähig sind. Die Flexibilität der Unternehmen dürfte so groß sein, daß sie sich mittelfristig auch auf größere Nachfrageverschiebungen einstellen, wobei sie auf staatliche Unterstützung rechnen können (16). Was übrig bleibt, sind entweder kleinere Marktnischen, die traditionell durch das Handwerk und den Kleinhandel abgedeckt werden, oder die staatlichen Infrastrukturinvestitionen. Aus diesem Grund konzentriert sich auch die Mehrzahl der Vorschläge z.B. auf alternative Energieerzeugungs- und -nutzungsverfahren, deren Realisierung insbesondere von den Grünen auf regionalpolitischer Ebene eingefordert wird. Nur so ist auch die Grenze der nicht-kaufkräftigen Nachfrage zu überschreiten.

Die Produktentwicklung stößt darüber hinaus auf das Problem, daß Wissenschaft und Forschung auf bestimmte Produktentwicklungslinien festgelegt und institutionell eingebunden sind. Die Fachwissenschaftler müssen einzeln herangezogen, auf die Ideen der Arbeitskreise orientiert und gegen den bestehenden riesigen Forschungsapparat der Unternehmen und Institute organisiert werden. Selbst wenn einzelne Produkte bis zur Fertigungsreife vorangetrieben werden können — was häufig nur durch unbezahlte Zusatzarbeit möglich ist — fehlen in der Regel die Finanzierung der Produktion und die gesicherten Absatzmöglichkeiten. Die fehlende Nachfrage ist das häufigste und stärkste Argument gegen alternative Produktion, da die Sicherung der Arbeitsplätze davon abhängt. Dieses Argument geht aber insoweit daneben, als generell kein neues Produkt über einen zukünftig gesicherten Absatz verfügt. Die derzeitige wirtschaftliche Stagnation und die Entlassungen in Einzelunternehmen sind ja gerade auch Ausdruck von Fehlplanungen bzw. Planungsunsicherheit in der Produktionspolitik dieser Unternehmen. Auf der anderen Seite darf man aber nicht in den Fehler verfallen, daß alternative Produkte, weil sie momentan für »sozial nützlich und ökologisch verträglich« gehalten werden, auf Dauer Arbeitsplätze sichern. Auch diese neuen Produkte werden veralten, auf Marktschranken stoßen und z.T. alte Produkte verdrängen. Gerade weil derzeit die Erkenntnisse über Produktfolgen schnell zunehmen und den aktuellen Wissensstand

veralten lassen, werden nur wenige neue und langfristig stabile Produkte entstehen. Das bedeutet, daß die Stärke der Konversionsstrategie weniger in mehr und sicheren Arbeitsplätzen besteht, sondern mehr in der Mobilisierung der Beschäftigten, der Unternehmen und der Politiker hin zu einer gesellschaftlich sinnvollen Produktion. Solche Entwicklungsschritte sollen abschließend am Beispiel von drei betrieblichen Arbeitskreisen zur Rüstungskonversion beschrieben werden.

7. Betriebliche Arbeitskreise zur Rüstungskonversion

Seit Anfang der 80er Jahre haben IG Metall-Vertrauensleute und Betriebsräte eine Reihe von betrieblichen Arbeitskreisen gebildet, um durch eigene Produktvorschläge die Schrumpfung bzw. Stilllegung der zivilen Fertigungsbereiche im Unternehmen zu verhindern, um den zivilen Bereich auszudehnen, um Rüstungsaufträgen Alternativen entgegenzustellen und damit insgesamt bedrohte Arbeitsplätze im eigenen Unternehmen zu erhalten (15). Die Zielsetzungen der einzelnen Arbeitskreise nehmen in dem Spannungsfeld zwischen »Arbeitsplatzsicherung — Abbau von Rüstungsproduktion — Entwicklung von alternativen Produkten — Veränderung der regionalen Wirtschaftspolitik« sehr unterschiedliche Positionen ein und verfolgen ihr Ziel auf unterschiedlichen Wegen. Exemplarisch werden im folgenden drei Arbeitskreise kurz charakterisiert, die bereits über eine längere Zeit arbeiten und für unterschiedliche Strategien stehen.

Arbeitskreis »Alternative Fertigung«

bei Messerschmitt Bölkow- Blohm, Bremen (Fischer u.a. 1984)

Der Bremer Arbeitskreis wurde im März 1983 als Reaktion auf den anstehenden Arbeitsplatzabbau durch das Auslaufen der Produktion des Kampfflugzeuges Tornado und die Verringerung der Airbus-Fertigung gegründet. Ein immer noch bestehender Unternehmensplan sieht für den Zeitraum 1983 bis 1988 eine Verringerung der insgesamt 35.000 Arbeitsplätze in den 18 Standorten von MBB um 3.500 Planstellen vor. Aktuell ist für das Werk Augsburg die Vernichtung von 750 Arbeitsplätzen geplant (metall 5 vom 8.3.1985) sowie von 400 im Werk Donauwörth. Aufgrund einer leichten Verbesserung der Auftragslage, des Widerstands von Betriebsräten in den verschiedenen Werken und dem Nichterreichen von Rationalisierungszielen scheint sich aber insgesamt der Arbeitsplatzabbau zu verzögern. Normalerweise wird der Beschäftigungsabbau über individuelle Aufhebungsverträge durchgesetzt. Im Werk Bremen stehen akut keine Entlassungen an.

MBB ist ein Technologie- und Engineering-orientierter Großkonzern, der sich zu 46,6 % im Besitz von drei Bundesländern befindet, 60 % seiner Umsätze über Wehrtechnik erzielt und zu 80 % von Staatsaufträgen abhängig ist. Die Konzernleitung bemüht sich in den letzten Jahren verstärkt um Diversifizierung durch Beteiligung an mittelgroßen Industrieunternehmen, ohne dadurch den Rüstungsanteil zu verringern (Krauss-Maffei). In den verschiedenen Werken von MBB gibt es faktisch vier Konversions-Arbeitskreise (Bremen, Lemwerder, Augsburg und Speyer), die durch zwei Mitglieder im Gesamtbetriebsrat koordiniert werden. Da sich die Forderungen der einzelnen Arbeitskreise maßgeblich an der einzelbetrieblichen Situation orientieren und sie auch unterschiedliche Zielvorstellungen haben, sind die Kontakte untereinander insgesamt schwach ausgeprägt. Der Bremer Arbeitskreis konzentriert sich maßgeblich auf die Suche nach Produktideen. Er ist dabei mit den ausgeprägten Forschungs- und Entwicklungskapazitäten des Konzerns und mit einem sehr breiten Produktsortiment konfrontiert. Die Haltung der Unternehmensleitung kann als Hinhaltenaktik und durch intensive eigene Versuche von Produktentwicklung charakterisiert werden. Seit dem 1.1.1984 wurden zwei neue Unternehmensbereiche »Neue Technologien« und »Energietechnik« aufgebaut, ein Generalbevollmächtigter für Diversifikation eingestellt. Die Ausdehnung der Wehrtechnik auf den Werftbereich ist mit der Übernahme der Systemführung für zehn Minenkampfboote 343 im Gesamtwert von 1,1 Mio. DM 1985 angelaufen. Zur Zeit wird ein Plan ausgearbeitet, um ein neuartiges Vorschlagswesen »Neue Ideen für neue Produkte« neben dem betrieblichen Verbesserungswesen aufzubauen. In Bremen ist eine Zweigstelle des Zentralbereichs »Energietechnik« aufgebaut worden, ohne daß der dortige Arbeitskreis davon informiert wurde. Es ist dem Arbeitskreis aber auch gelungen, obwohl er von den zuständigen Instanzen weitgehend ignoriert wird, einige Details von Produktvorschlägen im Unternehmen ausarbeiten zu lassen.

Im Bremer Arbeitskreis arbeiten drei Arbeitsgruppen und eine Organisationsgruppe. Der Bereich »Energie« beschäftigt sich derzeit mit einem Energiekonzept für Bremen. Der Bereich »Verkehrstechnik« hat kürzlich ausgearbeitete Pläne für ein Luftschiff zur Nordsee-Umweltschutz-Überwachung vorgestellt. Daneben laufen Entwicklungen für einen Wohnwagen zum Selbstausbau und ein Verladensystem Schiene-Straße. Der dritte Bereich »Medizinische Geräte« liegt momentan lahm; es ist geplant, einen Bereich »Umwelttechnik« neu aufzubauen.

Alle Produktvorschläge stehen derzeit nicht mit konkreten Arbeitsplatzgefährdungen im Zusammenhang. Neben dem zeitweise nachlas-

senden Interesse an der Mitarbeit ist ein besonderes Problem dadurch entstanden, daß in Bremen vier Betriebsratslisten miteinander konkurrieren: das sind neben der IG Metall und der DAG die »Liste aktiver Metaller« und eine sog. »Unabhängige Liste«. Solche Fraktionierungen stellen, wie schon das Beispiel HDW in Hamburg gezeigt hat, eine besondere Belastung für die Arbeitskreisarbeit dar.

In der Frage der Rüstungsaufträge nimmt der Arbeitskreis eine vermittelnde Position ein. In einer Pressemitteilung vom März 1984 kommentierte er seine Aussage, daß Staatsaufträge für zivile Produkte mehr Arbeitsplätze schaffen als Rüstungsaufträge folgendermaßen:

»Dies ist keine Aussage gegen Rüstung und keine Ablehnung von Rüstungsproduktion bei MBB Bremen. Die Entscheidung über Rüstung für die Bundesrepublik wird in Bonn getroffen. Es wäre unsinnig, diese Rüstung total im Ausland einzukaufen, während viele Arbeitnehmer bei uns arbeitslos sind. Im Lande Bremen ist die Arbeitslosenquote die höchste in der Republik — deswegen gehört auch ein Teil der Rüstung nach Bremen«.

Eine andere Position, d.h. die Ablehnung von Aufträgen, sei im Betrieb nicht zu vermitteln — die grundlegenden Weichen würden in Bonn gestellt und die Verantwortung dürfe nicht auf die Betriebe abgewälzt werden. Entsprechend hat der BR kürzlich auch die Übernahme der Generalunternehmenschaft für die Minenkampfbote akzeptiert. Auf längere Frist gesehen sind die Entscheidungen über wichtige Zukunftsprojekte (Airbus A 320, den Jäger 90 und den deutsch-französischen Hubschrauber PAH 2) bereits zugunsten von MBB gefallen. Das rüstungspolitische Gewicht des Konzerns wird sich durch die indirekte Beteiligung an Krauss-Maffei noch verstärken.

Arbeitskreis »Rüstung und Arbeitsplätze« bei Krupp MAK, Kiel (Zeretzke 1984)

Krupp MAK ist ein Maschinenbauunternehmen mit ca. 3.500 Beschäftigten, das seinen Umsatz zu 60 % im Bereich Wehrtechnik erzielt (Leopard 2, Marinefahrzeuge). Der Arbeitskreis wurde im Februar 1981 mit dem Ziel gegründet, die zivilen Produktionsbereiche zu erhalten und möglichst den Rüstungsanteil zu verringern (der von 1977-1983 von 30 auf 60 % gestiegen ist).

Die zivilen Produktionsbereiche bestehen aus dem Bereich Schiffsdieselmotorenbau mit ca. 30 % Anteil am Umsatz und den Bereichen Energie- und Verkehrstechnik mit ca. 10 % Umsatzanteil. Am bedrohlichsten sind die Auswirkungen der scharfen Konkurrenz im Schiffsmotorensektor — hier ist am ehesten ein Beschäftigungsabbau zu erwarten. Der Arbeitskreis versucht, mit dem Vorschlag von Dieselmotor-Block-

heizkraftwerken dieser Entwicklung entgegenzusteuern. Seine Bemühungen haben zu einem Auftrag an MAK als Generalunternehmen über 32 Mio. DM geführt, die Energieversorgung für Helgoland neu zu gestalten (MAK-Dieselmotor-Blockheizkraftwerk und MAN-Windkraftanlage).

Bedingt erfolgreich war der Versuch, das Energieversorgungskonzept von Kiel in diese Richtung umzustellen. Die Stadtwerke Kiel und die Ratsversammlung haben im April 1984 beschlossen, auf eine eigene Fremdwärme- und Stromerzeuger-Kapazität zu verzichten. Für den Stadtteil Friedrichsort — in dem auch die MAK liegt — konnte die Option für ein integriertes Stadtteilkonzept mit dezentraler Nahwärme auf Basis von Blockheizkraftwerken gesichert werden. Noch in der Verhandlung sind Vorschläge zur Nutzung von im Werk freiwerdender Energie (Gießerei, Motorenprüfstände). Ebenfalls gefährdet ist der Schienenfahrzeugbau mit ca. 400 Beschäftigten. Hier setzt die Geschäftsleitung auf ein Investitionsvorhaben der Deutschen Bundesbahn, bei dem 150 Triebwagen zum Ersatz der Schienenbusse auf nicht elektrifizierten Strecken im Gesamtwert von ca. 300 Mio. DM auf sechs Firmen verteilt werden. Der Arbeitskreis hat demgegenüber erstens den Vorschlag eines Niederflurwagens für kombinierten Straßen-Schieneverkehr vorgelegt. Dieser Vorschlag ist nach einer ausführlichen Studie der Unternehmensleitung, die z.T. berechnete technische Mängel und Absatzprobleme ergeben hat, vorläufig zurückgestellt. Seit Dezember 1984 konzentriert sich der Arbeitskreis daher auf einen anderen Vorschlag im Bereich des kombinierten Verkehrs: ein integriertes Umschlag-Terminal. Darüber hinaus beteiligt sich der Arbeitskreis an dem regionalen Förderverein »Öffentlicher Verkehr Schleswig-Holstein«. Der Verein hat zum Ziel, die Stilllegung von Bundesbahnnebenstrecken um Neumünster zu verhindern und d.h. diese Strecken in Eigenregie weiterzubetreiben. Dazu sollen ausrangierte Triebwagen bei MAK umgerüstet werden. Diese Triebwagen sind entsprechend viel billiger als die Neuentwicklung VT 627 von MAK mit einem Stückpreis von ca. 2 Mio. DM (Krey 1985).

Inzwischen hat die Bundesbahn dem Verein eine 30 km lange Nebenstrecke für 3,3 Mio. DM zum Kauf angeboten, einige Gemeinden haben sich zur Beteiligung an der zu gründenden »Holsteinischen Regionalbahn GmbH Neumünster« bereit erklärt.

Bei der militärischen Fertigung läuft der Leopard 2 bis 1987, danach ist eine Beschäftigungslücke absehbar. Allerdings sollen bereits wichtige Entwicklungsaufträge abgeschlossen worden sein (Leopard 3, Bergepanzer), die aber erst Mitte der 90er Jahre in die Fertigung gehen können.

Der Arbeitskreis zeichnet sich insgesamt dadurch aus, daß er nur wenige Produktvorschläge verfolgt, die aus der Analyse des Betriebs und der Region gewonnen wurden. Die Vorschläge werden intensiv mit dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung besprochen, der Arbeitskreis versucht in langen Verhandlungen, die Geschäftsleitung vom Sinn seiner Vorschläge zu überzeugen.

*Der Arbeitskreis »Alternative Fertigung«
bei Blohm & Voss in Hamburg*

B & V ist eine Traditionswerft mit zur Zeit ca. 5.600 Beschäftigten, die noch 1981 ca. 7.500 Beschäftigte hatte. 50 % des Umsatzes werden vom Bereich Wehrtechnik erwirtschaftet. Dazu gehört der Marineschiffbau (insbes. MEKO-Fregatten) und die Wehrtechnik Land (Panzertürme und Wannen für den Leopard 2, Roland und Gepard). Nach Fertigungsbereichen erbrachten 1983 der Maschinenbau 31 % des Umsatzes, der Schiffbau 24 % und die Schiffsreparatur 22 % (Handelsblatt v. 31.5. 1984). Die Entwicklung von B & V ist in die Neuorganisation der Werftkapazitäten in Norddeutschland eingelagert (Einstellung des Schiffsneubaus bei HDW, Schließung der AG Weser). Nach dem Vorstandskonzept werden die zukünftigen Fertigungsschwerpunkte im Offshorebereich, im Marineschiffbau und im Maschinenbau liegen. Während die Auftragslage im Bereich Offshore (wegen des Protektionismus ölfördernder Staaten) und bei Blockheizkraftwerken (nur 1 von ca. 200 Aufträgen in der BRD in den letzten fünf Jahren) schlecht ist, setzt Blohm & Voss auf Roboter für schwere Bauteile und Energietechnik (Wirbelschichtbefeuerung). Beschäftigungsprobleme deuten sich auch im wehrtechnischen Bereich an: die Aufträge für den Roland-Flak-Panzer laufen Mitte 1985, für den Leopard 2 Ende 1986 aus. Da Anschlußaufträge (Panzerhaubitze, Leopard 3) erst Anfang der 90er Jahre wirksam werden, muß auch die Geschäftsleitung eine erhebliche Beschäftigungslücke eingestehen. Auch im Marineschiffbau wird es immer schwerer, Aufträge hereinzuholen, bzw. deren Finanzierung sicherzustellen. Nur mit hoher Eigenbeteiligung des Bundes und einer erheblichen Risikobeteiligung von B & V (38 Mio. DM) konnte 1984 der Auftrag über 4 MEKO 200-Fregatten für die Türkei realisiert werden. Ein ähnliches Problem liegt gegenwärtig bei dem Auftrag über drei Fregatten durch Portugal vor.

»Blohm & Voss habe aus dieser Entwicklung ihre Konsequenz gezogen. Das Unternehmen habe eine große Ingenieurs-Kapazität und verkaufe deren Leistung als Dienstleistung wie ein Ingenieurbüro an Werften in den neuen Schiffsbauländern ... Diese Umstrukturierung der Werft erfordert ... eine andere Zusammensetzung der

Belegschaft. 'Wir brauchen weniger Mitarbeiter in der Fertigung und mehr und höher qualifizierte Mitarbeiter in der Konstruktion. Da eine Umschulung nur in beschränktem Umfang möglich ist, seien Entlassungen nicht zu vermeiden'« (Handelsblatt v. 31.5.1984).

»Sie haben recht, uns steht für Ende dieses Jahrzehnts eine Auslastungslücke in unseren Fertigungsbereichen bevor. Dennoch: Auch bei Einschränkungen im Produktionsbereich versucht B & V durch die breite Diversifizierung im gesamten Unternehmen den Brain-Trust, im wesentlichen also die Entwicklungsabteilung der Bereiche Wehrtechnik See und Land, so aufrecht zu erhalten, damit nach der Durststrecke die Produktion wieder hochgefahren werden kann ... Bei so viel Eigenleistung soll sich aber auch die andere Seite Gedanken machen, wie man die mageren Jahre 1987-1991 überbrückt« (Wehrtechnik 8/84, 95).

Vielleicht aus diesem Grund — weil der Arbeitskreis von Anfang an gesehen hat, wie stark die Entwicklung des Unternehmens in rüstungs- und regionalpolitische Entscheidungen eingebunden ist — hat er immer eine friedenspolitische und öffentlichkeitsorientierte Haltung eingenommen. Z.B. in seinem Fregattenpapier von 1983 hat der Arbeitskreis gegen die öffentliche Finanzierung der Türkei-Fregatten Stellung bezogen und dargestellt, daß bei Verwendung der 600 Mio. DM für 4 Handelsschiffe fast die doppelte Zahl von Fertigungsstunden gesichert werden könnte. Der bereits 1981 gegründete Arbeitskreis zeichnet sich dadurch aus, daß er in vielen Seminaren auch explizit politische Positionen diskutiert und nicht nur auf die Überzeugungskraft von Produktvorschlägen setzt. Die deutliche Kritik an potentiellen Rüstungsaufträgen für das »eigene« Unternehmen hat zu erheblichen Spannungen im Betriebsrat geführt.

Einer der ersten Vorstöße des Arbeitskreises war 1982 die Vorlage eines alternativen Entwicklungskonzepts »Rationale Energieverwendung«. Der Arbeitskreis arbeitet an Maßnahmen zur Energieeinsparung und Schadstoffminderung in der Luft durch Blockheizkraftwerke und Wirbelschichtbefeuerung. Bei Schiffsantrieben hat er zur Energieeinsparung das sog. Grimmsche Leitrad und den Flettner-Rotor vorgeschlagen. Die Geschäftsleitung toleriert inzwischen nach anfänglichen Diffamierungen die Arbeit des Arbeitskreises, ohne allerdings irgendwelche Vorschläge aufzunehmen.

Um das Thema Rüstungskonversion aktiver in die betriebliche Diskussion zu bringen und die Geschäftsleitung stärker in die Diskussion um Zukunftsprodukte einzubinden, hat der Arbeitskreis neuerdings den Aufbau einer Entwicklungsgruppe »Natürliche Produkte« im Betrieb gefordert (Vertrauensleute ... 1985).

8. Zusammenfassung

Die derzeitige Situation bezüglich der Umstellung von Rüstungsproduktion ist durch einen doppelten Problemdruck gekennzeichnet. Auf der einen Seite konsolidiert sich die massive gesellschaftspolitische Kritik am gegenwärtigen sicherheitspolitischen Konzept der USA und der NATO sowie an den Rüstungsexporten. Die neuen Rüstungskonzepte (star wars) und die Abrüstungsverhandlungen lassen kein auch nur parteiliches Eingehen auf die Friedensbewegung erwarten. Auf der anderen Seite steht eine deutliche Beschaffungslücke bei den Aufträgen der Bundeswehr bevor. Eine erhebliche Ausweitung der Rüstungsexporte ist aufgrund der zunehmenden internationalen Gemeinschaftsprojekte und der Überschuldung potentieller Nachfrageländer zumindest unwahrscheinlich. Das Arbeitsplatzrisiko in der Rüstungsindustrie wird hoch bleiben und sogar noch steigen. Einer der großen Erfolge der Initiativen für Rüstungskonversion liegt darin, daß die Mehrzahl der Betriebsräte und Belegschaften sich nicht mehr für Rüstungslobbyismus einsetzen lassen und damit den Druck auf Rüstungsproduktionssteigerungen von dieser Seite her nicht erhöhen. Allerdings deutet sich an, daß auch in der Rüstungsindustrie eine erhebliche Verlagerung von Nord- nach Süddeutschland stattfindet, wo von der CSU-Regierung eine offensivere Politik gefordert wird und wo kaum Konversions-Initiativen existieren.

Ein entscheidender Punkt für die Aktualität von Rüstungskonversion liegt darin, daß andere Krisenbewältigungsstrategien nicht oder nur unzureichend greifen — also Ausweitung des Rüstungsexports, von den Unternehmen selbst getragene oder staatlich gestützte Diversifikation, massiver Abbau der Arbeitslosigkeit. Für alle bedeutsamen Akteure, die momentan auch auf Konversion setzen (Belegschaftsinitiativen, regionale und betriebliche Gewerkschafts- und Parteigruppierungen), gilt, daß sie im Falle des Erfolgs anderer Krisenstrategien mit großer Wahrscheinlichkeit wieder umschwenken werden. Rüstungskonversion ist insofern eingebunden in die Weiterentwicklung zentraler gesellschaftlicher Probleme in den nächsten Jahren. Die zunehmende Infragestellung der ökologischen Verträglichkeit und sozialen Nützlichkeit von herkömmlichen Produkten und Dienstleistungen, die Herausbildung eines zweiten und dritten Arbeitsmarktes, Umorientierungen in der regionalen Wirtschaftspolitik sowie der staatlichen Umweltpolitik und die Diskussionen um die Zukunft der Arbeit schaffen gesellschaftliche Grundlagen für neue Modelle und Experimente. Von einzelnen Fällen von Betriebsübernahmen durch die Belegschaften bis hin zur in-

flationären Gründung von Technologieparks gibt es eine ganze Palette von Ansätzen, deren Tragweite bisher nicht abzusehen ist und in der Rüstungskonversion nur ein Element darstellt.

Die Suche nach neuen Formen der Beschäftigung und der Arbeitsbeziehungen ist momentan bei fast allen wichtigen gesellschaftlichen Institutionen und Parteien zu finden. Umorientierungen z.B. innerhalb der SPD (ökologische Modernisierung der Volkswirtschaft), den Gewerkschaften (Mitbestimmung bei den Produkten, Ortskartellarbeit) (Roth 1985) und neue Koalitionen könnten es auf regionaler und vielleicht auch nationaler Ebene ermöglichen, daß Elemente alternativer Produktion in offizielle, institutionalisierte und finanzierte Politik aufgenommen werden. Eine der derzeit entscheidenden Schwächen der bisher punktuellen Initiativen zu alternativer Produktion dürfte darin liegen, daß sie bisher nicht in ein (regionales) Gesamtkonzept von alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik eingebettet sind und daher immer der Gefahr der Vereinnahmung oder Isolierung ausgesetzt sind. Rüstungskonversion ist auf die Gleichzeitigkeit und gegenseitige Vermittelbarkeit zwischen innerbetrieblicher und überbetrieblicher Entwicklung angewiesen. Sie ist eine Politik der gesellschaftsbezogenen Mobilisierung im Betrieb und eine Bewegung zur Erhaltung bzw. Schaffung sozial nützlicher Arbeitsplätze. Ihr Erfolg in letzter Hinsicht wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt, die staatliche Nachfrage und die regionale Wirtschaftspolitik in diese Richtung zu lenken.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Klaus 1984, 254ff. sowie Berg/Bobke 1984, 292. Eine ähnliche Bewertung findet sich bei der DGB Abt. Gesellschaftspolitik, für die U. Hanselmann schreibt: »Diese eindrucksvolle Demonstration hat jedoch im Hinblick auf eine dauerhafte Mobilisierung der Arbeitnehmer für den Frieden nicht die Erwartungen erfüllt. Betriebliche Friedensinitiativen finden größtenteils auch heute noch nicht die erwünschte und notwendige Unterstützung der Gewerkschaften«. Vgl. U. Hanselmann, Friedensinitiativen und Gewerkschaften. In: Bäcker/Bispinck/Bobke 1985, 12
- 2 Vgl. Rundbriefe des »Dortmunder Kreises der BFI's« sowie die Berichte einzelner BFI's in: Bäcker/Bispinck/Bobke 1985
- 3 Vgl. z.B. die fachpolitische Stellungnahme »Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung in der Bundesrepublik Deutschland«. In: Frankfurter Rundschau vom 7.8.1984
- 4 Zur These des Wandels in der Beziehung zwischen Rüstungs- und Sozialausgaben vgl. Albrecht 1985, 19ff.
- 5 Bäcker/Bispinck 1984, 265. Im Haushaltsentwurf 1985 liegen bei einer Steigerung der Gesamtausgaben um 1,2 % die Ansätze für die Mittel des Bundesverteidigungsministeriums um 3,5 % über dem Vorjahr. Während die Militärausgaben

- um 1,9 Mrd. DM steigen, wurden die Mittel des Ministeriums für Arbeit und Soziales um den gleichen Betrag gekürzt. Der Etat für Jugend, Familie und Sport sinkt um 3,5 %, der für Bildung und Wissenschaft um 0,7 %.
- 6 Vgl. Falblatt »Kampagne gegen Rüstungsexport« und »Produzieren für das Leben — Rüstungsexporte stoppen!«, vervielf. Selbstverständnispapier vom Febr. 1985
 - 7 Mit 258 gegen 247 Stimmen, IGM 1983, 412ff. Vgl. auch: Beschluß des IG Metall-Beirats »Alternative Produktion/Produktkonversion« vom März 1985
 - 8 Wilke/Wulf, Daten zur zukünftigen Entwicklung der Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland, vervielf. Manuskript vom 14.6.1984. Zu den einzelnen Beschaffungsvorhaben vgl. auch Wehrtechnik 1/85, 18f,
 - 9 Antwort des ehemaligen Staatsministers Wischniewski beim Bundeskanzler auf eine Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion vom 27.8.1982
 - 10 Ebenda, II
 - 11 Vgl. die Referate in der Arbeitsgruppe VII »Mitbestimmung bei der Festlegung des Produkt- bzw. Dienstleistungsprogramms« der DGB-Konferenz »Vollbeschäftigung-Mitbestimmung-Technikgestaltung« im März 1985
 - 12 Dünnwald/Rose, Arbeitskreise Alternative Produktion: Wege in die Praxis. In: Der Gewerkschafter 3/85, 41, sowie Bericht der Innovations- und Technologieberatungsstelle der IG Metall — Alternative Produktion — Beschäftigungssicherung durch gesellschaftliche nützliche Arbeit. Hamburg 1984
 - 13 Interessanterweise führt K. Pitz von der Wirtschaftsabteilung des Hauptvorstandes der IG Metall zum weiteren Vorgehen der Arbeitskreise »Alternative Produktion« aus: »Erstens muß versucht werden, die Arbeit der betrieblichen Arbeitskreise eng mit der Arbeit des Managements zu verzahnen. Zweitens müssen die betrieblichen Arbeitskreise eng mit den bestehenden gewerkschaftlichen Strukturen verzahnt werden« (Pitz 1983, 747).
 - 14 Vgl. die Überlegungen zu einer »ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft«, z.B. Interview mit W. Roth in der Wirtschaftswoche, Heft 6 v. 1.2. 1985, 19f.
 - 15 Zu einem Überblick über die Arbeitskreise vgl. Duhm/Hildebrandt/Mückenberger/Schmidt, Wachstum alternativ, Berlin 1983, sowie Hildebrandt/Pfriem/Scholz/Spitzley, Strategien alternativer Produktion, Berlin 1984 sowie Dünnwald, Alternative Produktion — eine gewerkschaftliche Perspektive, in: WSI-Mitteilungen, Heft 5/84, 285

Literaturverzeichnis

- Albrecht, Ulrich, 1985: Rüstungs- oder Sozialpolitik? Zur Herausbildung einer Alternative. In: Rüstung und soziale Sicherheit. Frankfurt/M. 19ff.
- Bäcker/Bispinck, 1985: Sozialabbau und Aufrüstung. In: WSI-Mitteilungen. H. 5
- Bolle/Grottian, 1983: Arbeit schaffen — jetzt! Reinbek bei Hamburg
- Brzoska, M., 1984: Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik. In: WSI-Mitteilungen. H. 5. 277ff.
- Ders., 1982: Die bundesdeutsche Rüstungsindustrie. In: Das Geschäft mit dem Tod. Frankfurt/M.

- Bullman/Cooleg/Einemann (Hg.), 1986: Lokale Beschäftigungsinitiativen. Marburg DGB-Konferenz 1985: »Vollbeschäftigung — Mitbestimmung — Technikgestaltung«
- Dünnwald, 1984: Alternative Produktion — eine gewerkschaftliche Perspektive. In: WSI-Mitteilungen. H. 5. 285
- Dünnwald/Rose, 1985: Arbeitskreise Alternative Produktion: Wege in die Praxis. In: Der Gewerkschafter. H. 3
- Duhm/Hildebrandt/Mückenberger/Schmidt, 1983: Wachstum alternativ. West-Berlin Entwicklung und Rüstung — eine Anhörung im Deutschen Bundestag. Militärpolitik Dokumentation. 1984
- Es geht um die Bündnisfrage. Ein Gespräch über das Verhältnis von Gewerkschaften und Friedensbewegung zwischen Volkmar Deile (Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste), Jo Leinen (Vors. BBU), Leonhard Mahlein (Vors. IG Druck und Papier und Hermann Rappe (Vors. IG Chemie-Papier-Keramik). In: Gewerkschaftliche Monatshefte 9/83, 606ff.
- Faltblatt »Kampagne gegen Rüstungsverbot« und »Produzieren für das Leben — Rüstungsexporte stoppen!«. Vervielf. Selbstverständnispapier vom Febr. 1985
- Fischer/Ladewig/Einemann/Lübbing, 1984: Alternative Produktion statt Arbeitsplatzabbau und Aufrüstung. Bremen
- Frankfurter Rundschau vom 7.8.1984: »Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung in der Bundesrepublik Deutschland«
- Geyer, M., 1984: Deutsche Rüstungspolitik 1860-1980. Frankfurt/M.
- Hildebrandt/Pfriem/Scholz/Spitzley, 1983: Strategien alternativer Produktion. West-Berlin
- Hildebrandt/Spitzley, 1982: Umschalten auf nützliche Dinge. In: Die Mitbestimmung. H. 12. 435ff.
- Hildebrandt, E., 1984: Produktionsmotivation oder Alternative Produktion. In: Die Mitbestimmung. H. 4 + 5. 209ff.
- ders., 1984: Nützliche Produkte. In: Wechselwirkung. H. 22. 25ff.
- IG Metall, 1983: Protokoll des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages
- Klaus, H., 1984: Gewerkschaftliche Friedensarbeit. In: WSI-Mitteilungen. H. 5. 254ff.
- König/Ostertag/Schulz (Hg.), 1985: Unser Beispiel könnte ja Schule machen! Köln Kooperationsstelle Universität-Arbeiterkammer Bremen, 1983: Krise und Rationalisierung — Das Beispiel Bremen. Bremen
- Krey, H., 1985: Koalition der Betroffenen — eine regionale und betriebliche Initiative gegen Streckenstilllegungen in Norddeutschland. In: Hildebrandt/Schmidt/Sperling: Arbeit zwischen Gift und Grün — Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1985. West-Berlin
- Mehrens, K., 1983: Konversion und Arbeitsplätze. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. H. 9. 564ff.
- Mehrens, K. (Hg.), 1985: Alternative Produktion. Köln
- Müller, H.D., 1982: Wettrüsten und Arbeiterbewegung — zwei Lehren aus der Geschichte. In: Kooperation 26/27. Bremen. 2ff.
- Pitz, K., 1983: Diversifizierung, Konversion, alternative Produktion. In: Gewerkschaftliche Monatshefte. H. 9. 745f.
- Rodejohann/Wellmann, 1982: Rüstungsproduktion und Arbeitsplätze. In: P. Sonntag (Hg.): Rüstung und Ökonomie. Frankfurt/M.

- Roth, K., 1985: Aufrüstung und Lebensalltag. In: Bäcker/Bispinck/Bobke. 124ff.
- Schomacker/Wilke/Wulf (Hg.), 1986: Zivile Alternativen für die Rüstungsindustrie. Baden-Baden
- Schomacker/Wilke/Wulf, 1987: Alternative Produktion statt Rüstung. Köln
- Schwerdt, F., 1984a: Der Weg in die Sackgasse. In: Der Arbeitgeber. H. 9. 360ff.
- Ders., 1984b: Wehrtechnik sichert eine Mio. Arbeitsplätze. In: Der Arbeitgeber. H. 23. 962
- Vertrauensleute und Arbeitskreis »Alternative Fertigung« der IG Metall bei Blohm & Voss (Hg.), 1985: Zukunftsperspektiven — aus der Sicht von Beschäftigten. Hamburg
- Wellmann, C., 1982: Gewerkschaftliche Interessenvertretung: Zwischen Lobbyismus und Alternativplanstrategie. In: Brzoska/Guha/Wellmann: Das Geschäft mit dem Tod. Frankfurt/M. 123ff.
- Ders., 1985a: Wo Arbeitnehmerrechte zur Farce werden — Überwachung und Geheimerschutz in der Rüstungsproduktion. In: Rüstung und soziale Sicherheit. Frankfurt/M. 166ff.
- Ders., 1985b: »Alternative Fertigung« als betriebliche Strategie zur Arbeitsplatzsicherung. In: Rüstung und soziale Sicherheit. Frankfurt/M. 227ff.
- Wilke/Wulf, 1984: Daten zur zukünftigen Entwicklung der Rüstungsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland. Vervielf. Manuskript
- Wilke/Wulf, 1986: Umstellung der Rüstungsindustrie auf zivile Fertigung. Hg. v. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf
- Zeretzke, H., 1984: Unternehmer und Politiker brauchen Anstöße von den Beschäftigten. In: Die Mitbestimmung. H. 4/5. 172ff.